

21/SN-323/ME

ÖSTERREICHISCHER  
GEMEINDEBUNDA-1010 Wien · Johannesgasse 15  
Telefon: 5121480  
Telefax: 513375872An die  
ParlamentsdirektionWien, am 9. Oktober 1990  
LaParlament  
1017 W i e n

Zl.	53	GE/9	pp
Datum:	24. OKT. 1990		
Verteilt	24.10.90 gape		

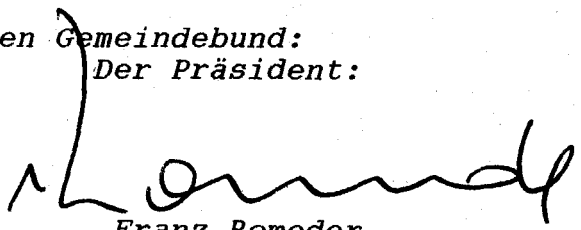
Bezug: GZ 61.605/6-VI/C/16/90

Betr.: Entwurf eines Pflegeheimgesetzes

Dr. Jankovits

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich in der Beilage  
25 Exemplare seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Für den Österreichischen Gemeindebund:  
Der Generalsekretär: Der Präsident:

  
Dr. Robert Hink  
Franz Romeder  
Präsident des NÖ. Landtages25 Beilagen



# ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 512 14 80

Telefax: 513 37 58 72

An  
REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

Wien, am 9. Oktober 1990  
La

Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

Bezug: GZ 61.605/6-VI/C/16/90

Betr.: Entwurf eines Pflegeheimgesetzes;

Zu dem vorgelegten Gesetzesentwurf erlaubt sich der Österreichische Gemeindebund folgende Stellungnahme abzugeben:

Prinzipiell hält der Österreichische Gemeindebund Maßnahmen, die eine Verbesserung der Versorgung pflegebedürftiger Menschen zum Inhalt haben für notwendig. Derartige Maßnahmen können aber nicht isoliert und unter Außerachtlassen der finanziellen Auswirkungen gesetzt werden. Vielmehr steht der Entwurf des Pflegeheimgesetzes in einem engen Zusammenhang mit den Regelungen auf dem gesamten Gebiet des Gesundheitswesens im allgemeinen und der Krankenanstaltenfinanzierung im besonderen.

Wegen der gänzlichen Außerachtlassung der Finanzierungsfrage wird der vorliegende Gesetzesentwurf abgelehnt. Würde man beabsichtigen, die bisherigen Kostenträger - Gemeinden und Länder - heranzuziehen, so würden die österreichischen Gemeinden vor finanziell unlösbare Probleme gestellt werden. Diese Aufgaben aufgrund des vorliegenden Gesetzesentwurfes können von den Gemeinden nicht erfüllt werden, wenn ihnen nicht gleichzeitig zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Darüberhinaus muß gegen den Gesetzesentwurf eingewendet werden, daß er derart viele Detailfragen regelt und somit kaum mehr Möglichkeiten offen läßt auf besondere kommunale Verhältnisse einzugehen. Der Gesetzesentwurf ist daher in manchen Bereichen nicht mehr als Gesetzesentwurf zu betrachten.

Der Österreichische Gemeindebund lehnt daher das vorliegende Gesetz mit aller Entschiedenheit ab.

Für den Österreichischen Gemeindebund:  
Der Generalsekretär:

  
Dr. Robert Hink

Der Präsident:

  
Franz Romeder  
Präsident des NÖ. Landtages

